

**WEIL ES UM  
MEHR  
GEHT!**

**TARIF**  
BEWEGUNG  
2017

**ver.di**

**Einkommenserhöhungen – wenn nicht jetzt, wann dann?  
Auftakt der Tarifverhandlungen am 18. Januar 2017 in Berlin**

# Weil es um mehr geht!! Tarifrunde 2017 der Länder

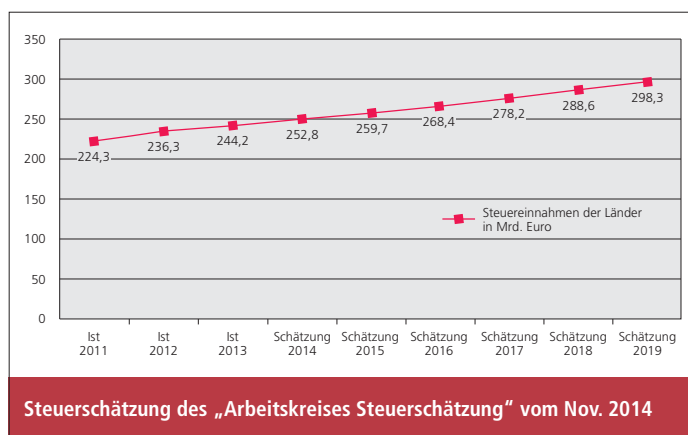


Kolleginnen und Kollegen demonstrieren vor Beginn der Verhandlungen in Berlin für ihre Forderungen.

**Unsere Forderung nach Anschluss an die Einkommensentwicklung in der Privatwirtschaft ist mehr als berechtigt.**

Die Einkommensentwicklung bei den Ländern ist jedoch seit 2000 um gut 4 Prozentpunkte hinter der Gesamtwirtschaft zurückgeblieben. Und das, obwohl Geld genug da ist. Für die Länder wird für das Jahr 2016 mit einem Steuerplus von 4,8 Prozent, für 2017 von 2,6 Prozent und für 2018 von 3,8 Prozent gerechnet.

Gute öffentliche Dienstleistungen sind für unsere gesamte Gesellschaft von hohem Wert. Die Beschäftigten der Länder erbringen sie täglich engagiert und kompetent für die Bürgerinnen und Bürger. Dabei steigen die Anforderungen und Belastungen ständig. Dies erfordert eine entsprechende Bezahlung und Verbesserungen der Arbeitsbedingungen. Deutliche Entgelterhöhungen sind aber nicht nur ein Gebot der sozialen Gerechtigkeit, sondern sie haben auch eine



besondere Bedeutung für die Stärkung der Kaufkraft auf dem Binnenmarkt. Und die Länder müssen attraktive Arbeitgeber sein, um

die Dienstleistungen auch zukünftig sicherstellen zu können. Schon jetzt besteht in vielen Bereichen akuter Fachkräftemangel, z.B. in der



Pflege und in den Erziehungsberufen, im Ingenieurs- und im IT-Bereich. Die Einkommensrückstände zur Privatwirtschaft sind mittlerweile zu groß, als dass der öffentliche Dienst mit privaten Unternehmen ernsthaft um qualifizierte Kräfte konkurrieren könnte. So sind außertarifliche Zulagen zur Gewinnung und Bindung von qualifizierten Fachkräften im öffentlichen Dienst keine Ausnahme mehr.

**Weil es um mehr geht! Wir leisten gute Arbeit und gute Arbeit muss ordentlich bezahlt werden!**

**Weitere Termine:**

Zweite Verhandlungsrunde am 30./31.01.2017, dritte Verhandlungsrunde am 17./18.02.2017 in Potsdam



www.mitgliedwerden.verdi.de

ver.di fordert	TdL antwortet
Erhöhung der Tabellenentgelte im Gesamtvolumen von 6 Prozent unter Einbeziehung einer sozialen Komponente in Form eines Sockel- oder Mindestbetrages und der Einführung der Stufe 6 in den Entgeltgruppen 9 bis 15 sowie der Übernahme weiterer struktureller Verbesserungen bei der Eingruppierung bei einer Laufzeit von 12 Monaten.	Verhandlungsbereitschaft, keine inhaltliche Stellungnahme.
Erhöhung der Ausbildungsentgelte und der Entgelte der Praktikantinnen/Praktikanten um 90 Euro monatlich bei einer Laufzeit von 12 Monaten.	Verhandlungsbereitschaft, keine inhaltliche Stellungnahme.
Angleichung der Bezahlung der Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsdienst der Länder sowie der Erzieherinnen und Erzieher der an den TV-L gebundenen Studentenwerke an die der Kommunen sowie Übernahme der Pflege-Tabelle des TVöD.	Im Zusammenhang mit der Entgeltordnung verhandeln, TdL ist eigenständiger Arbeitgeberverband.
Verbindliche Übernahmeregung für Auszubildende, Erhöhung des Urlaubsanspruchs für Auszubildende auf 30 Arbeitstage sowie Zahlung eines Lernmittelzuschusses in Höhe von 50 Euro je Ausbildungsjahr und Übernahme der Übernachtungs- und Verpflegungskosten wie im TVAöD. Die schulischen Ausbildungsgänge des öffentlichen Dienstes z.B. in den Gesundheitsberufen sollen in den Geltungsbereich der Tarifverträge für die Auszubildenden einbezogen werden.	In einer Arbeitsgruppe vor der zweiten Verhandlungsrunde erörtern.
Ausschluss sachgrundloser Befristungen.	Kein Thema, Aufgabe des Gesetzgebers.
Anhebung der Vollzugszulage und der Feuerwehrzulage auf die Höhe der jeweiligen beamtenrechtlichen Zulage und Zusatzversorgungspflichtigkeit der Zulagen.	In einer Arbeitsgruppe vor der zweiten Verhandlungsrunde erörtern.
Zeit- und wirkungsgleiche Übertragung des Verhandlungsergebnisses auf die Beamtinnen und Beamten sowie Versorgungsempfängerinnen und -empfänger der Länder und der Kommunen.	TdL nicht zuständig, ist Aufgabe der Gesetzgeber.
Umgehende Erfüllung der Verhandlungszusage aus der Tarifeinigung von 2015 über eine Neuregelung der Übergangsvorsorge für die Beschäftigten im Justizvollzugsdienst der Länder sowie im feuerwehrtechnischen Dienst in Hamburg und Berlin.	In einer Arbeitsgruppe vor der zweiten Verhandlungsrunde erörtern.

**www.mitgliedwerden.verdi.de**